

## "Ein europäisches Parlament?" in Rheinischer Merkur (24. Juli 1948)

**Quelle:** Rheinischer Merkur. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Christ und Welt. 24.07.1948, Nr. 30; 3. Jg.  
Merkur: Rheinischer Merkur.

**Urheberrecht:** (c) Rheinischer Merkur

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"ein\\_europaisches\\_parlament\\_"\\_in\\_rheinischer\\_merkur\\_24\\_juli\\_1948-de-fc2d9c97-a9f3-4fd1-b70c-1da7d9a557a5.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 20/09/2012

## Ein europäisches Parlament

Der enge Zusammenhang, der zwischen den Rissen in Berlin und Frankfurt sowie den großen Vorgängen der europäischen Politik gegeben ist, wird aus der Tatsache deutlich, daß der französische Außenminister Bidault die gegenwärtige Haager Konferenz der Fünferpakt-Mächte zum Anlaß genommen hat, um die Schaffung der Union Europas einen beträchtlichen Schritt vorwärtszutreiben.

Er hat erstens die Einsetzung eines Studienausschusses empfohlen, der die Frage einer Zollunion prüfen soll, die zunächst auf der Grundlage des Fünferpakt der Westmächte gebildet werden könne; zweitens die Schaffung eines europäischen Bundesparlamentes vorgeschlagen, das von den Regierungen des Fünferpakt einberufen würde, und zu dem alle freien europäischen Parlamente Delegierte entsenden sollten.

Die Initiative, die der französische Außenminister damit ergriffen hat, liegt durchaus auf der Linie dessen, was auf dem Haager Europa-Kongreß im Mai gefordert worden war. Sie bringt jedoch eine interessante Abwandlung. Wenn es damals Churchill war, der als unbestrittenes Haupt der britischen Delegation die Notwendigkeit betonte, daß es die Regierungen als die Exekutivorgane ihrer Länder und die Parlamente als die Träger ihrer Legislativgewalt sein müßten, von denen diese neue Organisation Europas ausgehe, während die französische Delegation mit ihrer sozialistischen Mehrheit der Ansicht zuneigte, daß es die freien Kräfte der Völker sein müßten, die gewissermaßen in einem revolutionären Akt ihre nationalstaatlichen Grenzen sprengten, so ist es diesmal umgekehrt. Der französische Außenminister Bidault sagt das, was ein Churchill an seiner Stelle sagen könnte, während der britische Außenminister Bevin mit seiner grundsätzlichen Zustimmung den Hinweis verband, daß eine derartige Entwicklung vielleicht doch besser von privaten Organisationen eingeleitet werde, wobei er besonders auf die Gewerkschaften anspielte.

Unsere eigene Auffassung geht mit der Bidaults und Churchills dahin, daß die Regierungen und Parlamente einen Platz haben, den niemand übergehen kann, der nach den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie verfahren will. Außerdem sind nur sie im Besitze der tatsächlichen Gewalt, so daß nur auf diesem Wege praktische Resultate erzielt werden können. Es würde die schon sehr flüchtig gewordenen Grenzen der Zuständigkeit der Parlamente noch mehr verwischen, wenn freie Organisationen, insbesondere wirtschaftliche Interessenverbände, völkerrechtliche Bindungen vorbereiten und gemeinsame staatsrechtliche Entwicklungen einleiten könnten. Nach dem völligen Fiasko, das die Planwirtschaft gegenwärtig in allen Ländern erzielt hat, könnte der Gedanke der Einigung Europas nicht stärker belastet werden, als wenn er mit der Vorstellung einer gemeinsamen Sozialisierung der europäischen Wirtschaft verbunden würde.

Der Vorschlag Bidaults wird an Regierungen der Westmächte weitergeleitet werden und mit deren Stellungnahme dann die nächste Konferenz der Fünf-Pakt-Mächte wieder beschäftigen.